

šGrizzlyō tobt über šRotwein-Trinkerō

Ein hyper-konservativer US-Unternehmer zieht über Frankreichs Arbeiter her und erntet die saftige Schelte eines Ministers.

AUS PARIS
DANNY LEDER

šNein, die Franzosen sind nicht faulō, titelte das Massenblatt *šParisienō* und rechnete seinen Lesern vor, dass Frankreichs Arbeitnehmer mit durchschnittlich 1476 Arbeitsstunden pro Jahr länger als etwa die Deutschen (1413) malochen würden, ja dass die stündliche Produktivität pro Arbeitnehmer in Frankreich höher als in den USA, Großbritannien und Deutschland liege. Der Anlass: Der Boss des US-Reifenkonzerns šTitanō, Maurice Taylor, war in einem Schreiben an den französischen Industrieminister, Arnaud Montebourg, in der Vorwoche über Frankreichs šso genannte Arbeiterō hergezogen. Diese würden šhohe Gehälter beziehen, aber nur drei Stunden pro Tag arbeitenō Taylors Prognose: šBald werden alle nur mehr in den Kaffees sitzen, um Wein zu trinken.ō

Mit dem barschen Schreiben reagierte Taylor auf die Bemühungen von Minister Montebourg, der den Amerikaner zur Übernahme einer Reifenfabrik in Nordfrankreich bewegen wollte. Der bisherige Werkseigner, die Firma šGoodyearō, plant die Schließung der Fabrik. Ein im vergangenen Mai ausgehandeltes Übereinkommen sah ursprünglich die Übernahme des Werks und der Hälfte der 1172 Arbeitnehmer durch šTitanō vor, scheiterte aber am Veto der CGT, der bedeutendsten Gewerkschaft Frankreichs. Die CGT, vor Ort von einem radikalen Tribun geleitet, beanstandete, dass die Arbeitsplatzgarantie nur für zwei Jahre galt, und forderte fünf Jahre. Tatsächlich wurden in der Gegend immer wieder Fabriken von Betreibern nur kurzfristig übernommen, um Subventionen einzustreifen, Maschinen zu verhökern und schließlich verseuchte Industriebrachen zu hinterlassen. Trotzdem startete Montebourg einen neuerlichen Vermittlungsversuch zwischen šTitanō und der CGT. Dies brachte Taylor aber erst recht in Rage.

Nachdem Taylors Schreiben an die Öffentlichkeit gelangt war, schoss Montebourg in einem offenen Brief scharf zurück: Taylor habe sei ein šExtremistō und habe škeine Ahnung von den Vorzügen der französischen Wirtschaftō. Frankreich sei das Land in Europa mit šden meisten ausländischen Industrie-Investitionenō. Die Firma šTitanō von Taylor sei š20 mal kleiner und 35 mal weniger rentabelō als der französische Reifengigant šMichelinō, höhnte Montebourg. Vor allem aber drohte der Minister, die französischen Einfuhr-Behörden würden šmit doppeltem Eifer die Import-Reifen (von šTitanō) überwachenō. Die Drohung mit dem französischen Zoll war wiederum eine Antwort auf die Ankündigung von Taylor, er werde Chinesen und Inder šfür weniger als einen Euroō arbeiten lassen, um mit diesen Reifen den französischen Markt zu überschwemmen.

Taylor, der auch unter US-Unternehmern als verhaltensauffälliger Provokateur gilt und als Scharfmacher am rechtsten Flügel der Republikaner den Spitznamen šGrizzlyō verpasst bekam, beließ es damit nicht und geriet gestern neuerlich ins Toben: Minister Montebourg sei šein Deppō, rief Taylor mehrmals in einem Radio-Interview. Man müsse šverrücktō sein, um eine Reifenfabrik in Frankreich zu kaufen.

Dieser Schlagabtausch ist ein neuer Höhepunkt in der Polemik, die die französische Staatsführung um SP-Präsident Francois Hollande durch ihre ersten, linkslastigen Maßnahmen auslöste. Namentlich Steuererhöhungen für Spitzenverdiener und Superreiche verstärkten die Fluchtbewegung in die Steuerparadiese. Ein paar besonders prominente Unternehmer, Film- und Sportstars verliehen der bereits vor dem Amtsantritt von Hollande chronischen Absetzbewegung der Magnaten einen spektakulären öffentlichen Kick. In einigen Konzernetagen erlitt Frankreich einen Imageschaden. Die konservative Presse in Großbritannien und den USA überbot sich in wüsten Attacken auf Hollandes Wirtschaftskurs.

RATINGAGENTUR LOBT HOLLANDE In der Zwischenzeit hat Hollande freilich einen Einigungsprozess der Sozialpartner eröffnet, der den Forderungen des französischen Unternehmervereins weitgehend entgegenkommt: so sind eine erhöhte Arbeitszeit-Flexibilität, zeitweilige Lohnkürzungen, Lockerung des Kündigungsschutzes und kräftige Steuerabschläge für personalstarke Firmen vorgesehen ó im Austausch gegen eher geringfügige soziale Abfederungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer. Nachdem Hollande auch noch einem gigantischen Sparplan initiiert hat, der innerhalb von fünf Jahren 60 Milliarden Euro hereinbringen soll, kam jetzt auch Lob von der Ratingagentur *Standard and Poor's*: Die Steigerung der Wettbewerbskraft der Unternehmen sei zum ersten Mal seit vielen Jahren eine politische Priorität, ließen die Unternehmer-freundlichen Wirtschaftsprüfer verlauten, die noch im Jänner 2012, also unter Hollandes konservativen Vorgänger Nicolas Sarkozy, Frankreichs Note von AAA auf ein AA+ zurückgestuft hatten.